

Das Recht auf Bildung wird mit Füßen getreten

Die NRW-Regierung hat jetzt nicht nur ein „klassisches Eigentor“ geschossen, sondern schon zu SPD-Zeiten generell eine Schulpolitik betrieben, die nicht an den tatsächlichen Bedürfnissen ausgerichtet war. Eine Erneuerung wurde ständig behindert, ja sogar sabotiert. Erst mit dem Konzept der Ganztagschulen öffnete sich die Schulpolitik, bleibt jedoch nach wie vor hinter den tatsächlichen Bedürfnissen unser Kinder zurück. Das Recht auf Bildung, das in politischen Sonntagsreden sogar von der Bundeskanzlerin immer so hoch gehalten wird, bekommt in Wirklichkeit jeden Tag neue Fußtritte.

Frau Parras beschreibt das, was jetzt in NRW passiert, richtigerweise mit einer Abstimmung mit den Füßen. Solch einen Zustand, den ich aus der Wendezeit in der ehemaligen DDR kenne, halte ich für ein schrillendes Alarmzeichen für die Regierenden. Und dies nicht nur in Düsseldorf. Auch ich halte das ausbaufähige Ganztagskonzept in NRW für richtig und werde mich auch diesbezüglich in Briefen an die Bildungsministerin in Düsseldorf und Berlin sowie an die Bundeskanzlerin wenden. Denn nicht nur bei mir erweckt sich der Eindruck, dass unsere Parlamentarier in ihren Wolkenkuckucksheimen in Wirklichkeit keinen blassen Schimmer von den tatsächlichen Bedürfnissen unsere Kinder haben. Dabei sollten und müssen unsere Kinder das Herzstück unserer Gesellschaft sein. Sie sind unsere Zukunft! Die Parlamentarier klagen nur über die Fehlentwicklungen, die sich auch in einer zunehmenden Aggressivität der Kinder und Jugendlichen ausdrücken. Der erreichte Zustand darf nicht mehr länger hingenommen werden. Die bezahlten Parlamentarier müssen endlich handeln. Sie dürfen nicht länger glauben, dass sie mit diesen Fehlentwicklungen nichts tun haben. Sie haben es! Denn sie sind mit ihrer verfehlten Gesamtpolitik Mitverursacher unhaltbarer Zustände in unserer eigentlich schönen Bundesrepublik geworden.

Ich werde in meinen Briefen an die Politiker auch auf die Vorzüge des Bildungssystems in der ehemaligen DDR eingehen, die es ohne Zweifel trotz berechtigter Kritik gab. Nur die einseitige Ausrichtung auf die Politik der herrschenden SED war falsch. Dies führte u. a. sogar dazu, dass nach meinem Ausscheiden aus der 10. Klasse, die ich mit dem Prädikat „Mit Auszeichnung“ bestand, ein Fach „Wehrerziehung“ eingeführt wurde. Solche Dinge können wir tatsächlich auch im vereinten Deutschland nicht gebrauchen. Kostenlose Förderstunden für Schülerinnen und Schüler, denen das Lernen nicht so leicht fällt, schon. Niemand musste in der ehemaligen DDR für seine Kinder in die private Tasche zu greifen und die Lehrer mit der Bezahlung von

Nachhilfestunden zusätzlich subventionieren. Die Lehrer gaben die Nachhilfestunden eingebunden in ein Konzept, zu dem auch die Organisation von Lernpatenschaften von lernstarken und lernschwachen Schülerinnen und Schülern gehörte. *

Andreas Koch
Recklinghausen

* Die Veröffentlichung wurde um den nachfolgenden Absatz gekürzt:

Ich selbst habe aufgrund meiner Begabung schon ab dem ersten Schuljahr Mitschülerinnen und Mitschülern geholfen, ihre Leistungen zu verbessern und das Klassenziel zu erreichen. Und das, ohne nur einen Pfennig dafür zu verlangen. Solch ein Gewinnstreben missfiel und missfällt mir, denn dann ist es keine richtige Hilfe mehr. Die freiwillige Patenschaftsarbeit habe ich bis zum Abschluss der 10. Klasse geleistet und dies gern. Ich geschaffte es sogar, dass einer meiner Schulkameraden, so nannte man das in der DDR, seine Mathematikprüfung erfolgreich bestehen konnte, obwohl er zuvor seine schriftliche Prüfung mit der Note 5 (schlechteste Note in der DDR) regelrecht verhaun hatte. So muss es in der Schulpolitik laufen und diese nicht am Profitstreben und Interessen kleiner Gruppen orientiert sein.